

Saale-Zeitung.

werden die Spalte... 20 Pf., solche aus Halle mit 15 Pf. berechnet und in der Expedition...

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Bezugspreis Nr. Halle vierteljährlich 2,50 M., bei pünktlicher Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., monatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Befreiung... Nr. 5582 des autl. Zeit.-Verz.

Nr. 101.

Halle a. d. Saale, Dienstag den 2. März.

1897.

Deutsches Reich.

Hof- und Personaliausrichten.

Berlin, 1. März. Der Kaiser und die Kaiserin wohnten gestern vormittag dem Gottesdienste in der Dom-Interimskirche... Der Kaiser hat die Medaille verliehen...

Die Rede des Kaisers

Bei dem Festmahle des Brandenburgischen Landtages hat der „Berl. Zig.“ zufolge noch weit spätere Wendungen enthalten, als sie in der Fassung des Wolffschen Telegraphischen Bureaus wiedergegeben sind... Die Rede des Kaisers giebt bereits der reaktionären Presse den erwünschten Anlaß...

Parlamentarisches.

Berlin, 1. März. Die Interpellation v. Detten u. Gen. in Sachen des Luchbachholzsalles und die Verprechung derselben hat die ganze heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses in Anspruch genommen... Die Interpellation seitens des Handelsministers deutete sich in der Hauptsache mit den Ausführungen des Staatssekretärs Grafen vonadowitsch im Reichstage.

Volkswirtschaftliches.

* Der Vorstand des Zünungsverbandes „Vund deutscher Tischlerinnungen“ hat an den Reichstag eine Petition gerichtet, in welcher um die Aushebung der Unfallversicherungs-pflicht auf das gesamte Nahrungsgewerbe ersucht wird...

Verwaltung und Reichsfrage.

* Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung betr. die Einführung preussischer Landesgelder in Helgoland... * Den auf der Wiener Konferenz vom 15. Mai 1886 zwischen dem deutschen, französischen, italienischen, österreichisch-ungarischen und schweizer getrockneten Vereinbarungen über die zoll-sichere Einrichtung der Eisenbahnen im internationalen Verkehre sind mit Zustimmung der Vertragsstaaten auch Dänemark, Luxemburg, Schweden und Norwegen beigetreten.

Parteilichkeiten.

* Die Gründung des Dr. Kange'schen „Deutschen Kartells“ ist sofort pflichtgemäß dem Fürsten Bismarck mitgeteilt worden. Die Antwort desselben wirkt einigermaßen ernüchternd; der Fürst telegraphierte nämlich zurück: „Ich glaube, daß der empfohlene Zusammenschluß der vier Parteien für unsere politische Entwicklung von großem Nutzen sein würde, befürchte aber, daß die Verwirklichung an dem Selbständigkeitsgefühl der Fraktionen scheitern wird.“

geteilt worden. Die Antwort desselben wirkt einigermaßen ernüchternd; der Fürst telegraphierte nämlich zurück: „Ich glaube, daß der empfohlene Zusammenschluß der vier Parteien für unsere politische Entwicklung von großem Nutzen sein würde, befürchte aber, daß die Verwirklichung an dem Selbständigkeitsgefühl der Fraktionen scheitern wird.“

th. Thron, 1. März. Gestern fand hier eine Versammlung des liberalen Wahlvereins für Torgau-Liebenaue statt. Der Saal des „Ziwoi“ war bis zum letzten Platz gefüllt. Als Referent trat der Abg. Max Schulz aus Berlin auf, welcher als Kandidat für Torgau-Liebenaue stellte sich der Abg. K. B. B. vor. Auch die Sozialdemokraten, an ihrer Spitze der Stadtverordnete Albrecht aus Halle, waren stark vertreten.

* Nach der „Post“ ist eine Schulpflichtordnung für Südböhmen ausgearbeitet worden, wonach die Dienstleistung in der Schulverwaltung als Abfertigung des aktiven Dienstes angerechnet wird. Sie wird demnächst verabschiedet werden. Allen dort angehörenden Deutschen soll die Ableistung der Dienstpflicht möglichst erleichtert werden.

* In Hamburg hat der Verein der Importeure englischer Kohle an die Reichsregierung eine Schreiben gerichtet, in welchem ihnen mitgeteilt wird, daß vom 2. März ab nur solche Arbeiter zur Arbeit zugelassen werden, die einen Schein mitbringen, der nicht die Arbeit niedergelegt hat, in Höhe von 70 Pfennig absetzen zu wollen und eine 14tägige Bindungsfrist anzunehmen. Die Kohlenarbeiter hielten am Sonntag eine allgemeine Versammlung ab, deren Ergebnis noch nicht bekannt geworden ist.

* Die mitgeteilte wird, wurde auf Vorschlag des Abg. Kopisch-Berlin zum Kandidaten des Wahlkreises Delitzsch-Wittenberg für die nächste Reichstagswahl in Uebereinstimmung mit der Centralleitung in Berlin. Herr Kommerzienrat Dr. Müller-Berlin, der am 28. Februar in Delitzsch tagenden Delegiertenversammlung in Vorschlag gebracht, nachdem Herr Dr. Müller sich den Vertrauensmännern vorgestellt und kurz sein Programm entwickelt hatte, wurde voll und ganz mit dem der freiwirtschaftlichen Volkspartei übereinstimmend, acceptirt die anwesenden Delegierten die Kandidatur des Herrn Dr. Müller und verpflichten, sich für seine Kandidatur voll und ganz zu engagieren. Ein besonderes Komitee soll die Wahl des Herrn Dr. Müller vorbereiten und mit den bezüglichen Arbeiten beschäftigt sein.

* Infolge des vielbesprochenen Falles des Bankiers Wolf Mann, hat die dortige Finanzverwaltung gemauerten Beträge von dem Bankier Kasseversteigerer eingezogen, dagegen die Zahlung der von ihm verlorenen Summen unter Erhebung des Differenzensindossamentes verweigert, beruft der Berliner Kassenverein auf Mittweg eine Interventionsvermittlung ein, in der die Bildung eines internationalen Schlichterbandes der Börden gegen den Spielmann, die allgemeine Anwendung der Form der handelsrechtlichen Verweisung sowie die Errichtung eines Differenzensindossamentes erbeten werden soll.

* Die sächsische Staatsbahnverwaltung beabsichtigt, die Preise der einfachen Fahrkarten für Schnellzüge und Personenzüge, der gewöhnlichen Nachfahrarten, der Schnellzugs-Ergänzungsfahrten zum größeren Theile innerhalb des Bereichs von jünzigen Tarifknoten zu ermäßigen. Durch diese Maßregel, welche bereits in den vorigen Landtagsverhandlungen erörtert und demnach schon längere Zeit vorbereitet ist, wird besonders für den Nahe- und Vorortverkehr eine bedeutende Erleichterung geschaffen. Bei Festsetzung des Mindestpreises einer Fahrkarte sollen fünf Kilometer nur zwei Kilometer zu Grunde gelegt werden. Die Ermäßigung soll für Mitte des Jahres zu erwarten sein.

* Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung betr. die Einführung preussischer Landesgelder in Helgoland... * Den auf der Wiener Konferenz vom 15. Mai 1886 zwischen dem deutschen, französischen, italienischen, österreichisch-ungarischen und schweizer getrockneten Vereinbarungen über die zoll-sichere Einrichtung der Eisenbahnen im internationalen Verkehre sind mit Zustimmung der Vertragsstaaten auch Dänemark, Luxemburg, Schweden und Norwegen beigetreten.

* Nach einer Mitteilung des Reichspostamts sind laut der Entscheidung des preussischen Finanzministers im Verleide des preussischen Stempelgesetzes vom 31. Juli 1895, d. h. in gelammten preussischen Staatsgebiet mit Ausschluß der hohenzollernschen Lande und der Insel Helgoland, die Unterzeichnungs- und Vollvollmachungen unter Vollvollmachten und Vollvollmachten-Erklärungen nicht nur dann fernerpflichtig, wenn sie von Beamten oder Notaren, sondern auch dann, wenn sie von unteren Beamten unter Vermeidung des Dienstzeichens bewirkt worden sind.

* Die Disziplinerverhandlung gegen Dr. Peters dürfte im Laufe dieses Monats stattfinden... * Der antikenische Verlagsbuchhändler G. H. in Dresden, der Vertreter der beachtlichen Hildesheimer „Mittheilung“ des „Vereins“ meldet, verfaßt und verlegt, weil er eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten nicht angetreten hat, zu der er wegen Verleumdung verurtheilt worden war.

* Nach der „Post“ ist eine Schulpflichtordnung für Südböhmen ausgearbeitet worden, wonach die Dienstleistung in der Schulverwaltung als Abfertigung des aktiven Dienstes angerechnet wird. Sie wird demnächst verabschiedet werden. Allen dort angehörenden Deutschen soll die Ableistung der Dienstpflicht möglichst erleichtert werden.

* In Hamburg hat der Verein der Importeure englischer Kohle an die Reichsregierung eine Schreiben gerichtet, in welchem ihnen mitgeteilt wird, daß vom 2. März ab nur solche Arbeiter zur Arbeit zugelassen werden, die einen Schein mitbringen, der nicht die Arbeit niedergelegt hat, in Höhe von 70 Pfennig absetzen zu wollen und eine 14tägige Bindungsfrist anzunehmen. Die Kohlenarbeiter hielten am Sonntag eine allgemeine Versammlung ab, deren Ergebnis noch nicht bekannt geworden ist.

* Die mitgeteilte wird, wurde auf Vorschlag des Abg. Kopisch-Berlin zum Kandidaten des Wahlkreises Delitzsch-Wittenberg für die nächste Reichstagswahl in Uebereinstimmung mit der Centralleitung in Berlin. Herr Kommerzienrat Dr. Müller-Berlin, der am 28. Februar in Delitzsch tagenden Delegiertenversammlung in Vorschlag gebracht, nachdem Herr Dr. Müller sich den Vertrauensmännern vorgestellt und kurz sein Programm entwickelt hatte, wurde voll und ganz mit dem der freiwirtschaftlichen Volkspartei übereinstimmend, acceptirt die anwesenden Delegierten die Kandidatur des Herrn Dr. Müller und verpflichten, sich für seine Kandidatur voll und ganz zu engagieren. Ein besonderes Komitee soll die Wahl des Herrn Dr. Müller vorbereiten und mit den bezüglichen Arbeiten beschäftigt sein.

* Infolge des vielbesprochenen Falles des Bankiers Wolf Mann, hat die dortige Finanzverwaltung gemauerten Beträge von dem Bankier Kasseversteigerer eingezogen, dagegen die Zahlung der von ihm verlorenen Summen unter Erhebung des Differenzensindossamentes verweigert, beruft der Berliner Kassenverein auf Mittweg eine Interventionsvermittlung ein, in der die Bildung eines internationalen Schlichterbandes der Börden gegen den Spielmann, die allgemeine Anwendung der Form der handelsrechtlichen Verweisung sowie die Errichtung eines Differenzensindossamentes erbeten werden soll.

gelammten preussischen Staatsgebiet mit Ausschluß der hohenzollernschen Lande und der Insel Helgoland, die Unterzeichnungs- und Vollvollmachungen unter Vollvollmachten und Vollvollmachten-Erklärungen nicht nur dann fernerpflichtig, wenn sie von Beamten oder Notaren, sondern auch dann, wenn sie von unteren Beamten unter Vermeidung des Dienstzeichens bewirkt worden sind.

* Die Disziplinerverhandlung gegen Dr. Peters dürfte im Laufe dieses Monats stattfinden... * Der antikenische Verlagsbuchhändler G. H. in Dresden, der Vertreter der beachtlichen Hildesheimer „Mittheilung“ des „Vereins“ meldet, verfaßt und verlegt, weil er eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten nicht angetreten hat, zu der er wegen Verleumdung verurtheilt worden war.

* Nach der „Post“ ist eine Schulpflichtordnung für Südböhmen ausgearbeitet worden, wonach die Dienstleistung in der Schulverwaltung als Abfertigung des aktiven Dienstes angerechnet wird. Sie wird demnächst verabschiedet werden. Allen dort angehörenden Deutschen soll die Ableistung der Dienstpflicht möglichst erleichtert werden.

* In Hamburg hat der Verein der Importeure englischer Kohle an die Reichsregierung eine Schreiben gerichtet, in welchem ihnen mitgeteilt wird, daß vom 2. März ab nur solche Arbeiter zur Arbeit zugelassen werden, die einen Schein mitbringen, der nicht die Arbeit niedergelegt hat, in Höhe von 70 Pfennig absetzen zu wollen und eine 14tägige Bindungsfrist anzunehmen. Die Kohlenarbeiter hielten am Sonntag eine allgemeine Versammlung ab, deren Ergebnis noch nicht bekannt geworden ist.

* Die mitgeteilte wird, wurde auf Vorschlag des Abg. Kopisch-Berlin zum Kandidaten des Wahlkreises Delitzsch-Wittenberg für die nächste Reichstagswahl in Uebereinstimmung mit der Centralleitung in Berlin. Herr Kommerzienrat Dr. Müller-Berlin, der am 28. Februar in Delitzsch tagenden Delegiertenversammlung in Vorschlag gebracht, nachdem Herr Dr. Müller sich den Vertrauensmännern vorgestellt und kurz sein Programm entwickelt hatte, wurde voll und ganz mit dem der freiwirtschaftlichen Volkspartei übereinstimmend, acceptirt die anwesenden Delegierten die Kandidatur des Herrn Dr. Müller und verpflichten, sich für seine Kandidatur voll und ganz zu engagieren. Ein besonderes Komitee soll die Wahl des Herrn Dr. Müller vorbereiten und mit den bezüglichen Arbeiten beschäftigt sein.

* Infolge des vielbesprochenen Falles des Bankiers Wolf Mann, hat die dortige Finanzverwaltung gemauerten Beträge von dem Bankier Kasseversteigerer eingezogen, dagegen die Zahlung der von ihm verlorenen Summen unter Erhebung des Differenzensindossamentes verweigert, beruft der Berliner Kassenverein auf Mittweg eine Interventionsvermittlung ein, in der die Bildung eines internationalen Schlichterbandes der Börden gegen den Spielmann, die allgemeine Anwendung der Form der handelsrechtlichen Verweisung sowie die Errichtung eines Differenzensindossamentes erbeten werden soll.

* Die sächsische Staatsbahnverwaltung beabsichtigt, die Preise der einfachen Fahrkarten für Schnellzüge und Personenzüge, der gewöhnlichen Nachfahrarten, der Schnellzugs-Ergänzungsfahrten zum größeren Theile innerhalb des Bereichs von jünzigen Tarifknoten zu ermäßigen. Durch diese Maßregel, welche bereits in den vorigen Landtagsverhandlungen erörtert und demnach schon längere Zeit vorbereitet ist, wird besonders für den Nahe- und Vorortverkehr eine bedeutende Erleichterung geschaffen. Bei Festsetzung des Mindestpreises einer Fahrkarte sollen fünf Kilometer nur zwei Kilometer zu Grunde gelegt werden. Die Ermäßigung soll für Mitte des Jahres zu erwarten sein.

* Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung betr. die Einführung preussischer Landesgelder in Helgoland... * Den auf der Wiener Konferenz vom 15. Mai 1886 zwischen dem deutschen, französischen, italienischen, österreichisch-ungarischen und schweizer getrockneten Vereinbarungen über die zoll-sichere Einrichtung der Eisenbahnen im internationalen Verkehre sind mit Zustimmung der Vertragsstaaten auch Dänemark, Luxemburg, Schweden und Norwegen beigetreten.

* Nach einer Mitteilung des Reichspostamts sind laut der Entscheidung des preussischen Finanzministers im Verleide des preussischen Stempelgesetzes vom 31. Juli 1895, d. h. in gelammten preussischen Staatsgebiet mit Ausschluß der hohenzollernschen Lande und der Insel Helgoland, die Unterzeichnungs- und Vollvollmachungen unter Vollvollmachten und Vollvollmachten-Erklärungen nicht nur dann fernerpflichtig, wenn sie von Beamten oder Notaren, sondern auch dann, wenn sie von unteren Beamten unter Vermeidung des Dienstzeichens bewirkt worden sind.

* Die Disziplinerverhandlung gegen Dr. Peters dürfte im Laufe dieses Monats stattfinden... * Der antikenische Verlagsbuchhändler G. H. in Dresden, der Vertreter der beachtlichen Hildesheimer „Mittheilung“ des „Vereins“ meldet, verfaßt und verlegt, weil er eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten nicht angetreten hat, zu der er wegen Verleumdung verurtheilt worden war.

* Nach der „Post“ ist eine Schulpflichtordnung für Südböhmen ausgearbeitet worden, wonach die Dienstleistung in der Schulverwaltung als Abfertigung des aktiven Dienstes angerechnet wird. Sie wird demnächst verabschiedet werden. Allen dort angehörenden Deutschen soll die Ableistung der Dienstpflicht möglichst erleichtert werden.

* In Hamburg hat der Verein der Importeure englischer Kohle an die Reichsregierung eine Schreiben gerichtet, in welchem ihnen mitgeteilt wird, daß vom 2. März ab nur solche Arbeiter zur Arbeit zugelassen werden, die einen Schein mitbringen, der nicht die Arbeit niedergelegt hat, in Höhe von 70 Pfennig absetzen zu wollen und eine 14tägige Bindungsfrist anzunehmen. Die Kohlenarbeiter hielten am Sonntag eine allgemeine Versammlung ab, deren Ergebnis noch nicht bekannt geworden ist.

* Die mitgeteilte wird, wurde auf Vorschlag des Abg. Kopisch-Berlin zum Kandidaten des Wahlkreises Delitzsch-Wittenberg für die nächste Reichstagswahl in Uebereinstimmung mit der Centralleitung in Berlin. Herr Kommerzienrat Dr. Müller-Berlin, der am 28. Februar in Delitzsch tagenden Delegiertenversammlung in Vorschlag gebracht, nachdem Herr Dr. Müller sich den Vertrauensmännern vorgestellt und kurz sein Programm entwickelt hatte, wurde voll und ganz mit dem der freiwirtschaftlichen Volkspartei übereinstimmend, acceptirt die anwesenden Delegierten die Kandidatur des Herrn Dr. Müller und verpflichten, sich für seine Kandidatur voll und ganz zu engagieren. Ein besonderes Komitee soll die Wahl des Herrn Dr. Müller vorbereiten und mit den bezüglichen Arbeiten beschäftigt sein.

* Infolge des vielbesprochenen Falles des Bankiers Wolf Mann, hat die dortige Finanzverwaltung gemauerten Beträge von dem Bankier Kasseversteigerer eingezogen, dagegen die Zahlung der von ihm verlorenen Summen unter Erhebung des Differenzensindossamentes verweigert, beruft der Berliner Kassenverein auf Mittweg eine Interventionsvermittlung ein, in der die Bildung eines internationalen Schlichterbandes der Börden gegen den Spielmann, die allgemeine Anwendung der Form der handelsrechtlichen Verweisung sowie die Errichtung eines Differenzensindossamentes erbeten werden soll.

Kauf- und Kartographische Anstalten.

1897. Nr. 2.

1897. Nr. 2.

Kauf- und Kartographische Anstalten.

1

